

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die vierspaltige Petizelle ober deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanfragen und Arbeiterermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Tarifverträge und Hilfsdienstgesetz.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis hat das Hilfsdienstgesetz für die zum Hilfsdienst gehörigen Betriebe besondere Ausschüsse eingesetzt. Diese Schlichtungsausschüsse werden nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes in der Regel für jeden Bezirk einer Erfindungskommission gebildet und bestehen aus einem Beauftragten des Kriegsammtes als Vorsitzenden sowie aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, die übrigen sind aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört.

Der Schlichtungsausschuss hat in erster Linie über die Ausstellung des Ublehrschleins zu entscheiden, und es ist vorauszusetzen, daß seine Zeit durch Streitigkeiten dieser Art hauptsächlich in Anspruch genommen werden wird. Ihm sind aber noch andere wichtige Funktionen zugewiesen. Vor diesen Schlichtungsausschüssen kommen nach § 13 des Hilfsdienstgesetzes auch solche Streitigkeiten über die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen, in denen eine Einigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiteraussschuß nicht zu erzielen war. Den Parteien steht es jedoch frei, an Stelle des Schlichtungsausschusses ein Gewerbegericht, ein Berggewerbegericht, ein Einigungsamt einer Innung oder ein Kaufmannsgericht als Einigungsamt anzurufen. In der gleichen Weise kann der Schlichtungsausschuß von den Arbeitern eines Betriebes, in dem kein Arbeiteraussschuß besteht, oder von Arbeitern landwirtschaftlicher Betriebe angerufen werden.

Das Hilfsdienstgesetz hat also Organe zur Schlichtung von Streitigkeiten eingesetzt und zugelassen, daß an deren Stelle im Einverständnis mit den Parteien andere bestehende Organe treten können; die Schlichtungsorgane der Tarifgemeinschaften sind aber an dieser Stelle nicht genannt. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß es diese tariflichen Schlichtungskommissionen grundsätzlich ausschalten wollte. Dem Sinn und dem Grundgedanken des Hilfsdienstgesetzes würde es entsprechen, wenn die tariflichen Schlichtungsinstanzen in weitgehendstem Maße zur Mitarbeit herangezogen würden. Die kurze Zeit, die das Hilfsdienstgesetz in Kraft ist, hat genügt, um zu zeigen, zu welchen Unzulänglichkeiten es führt, wenn die Schlichtungsinstanzen der Tarifgemeinschaften übergangen werden. Wir erinnern an den Schulfall in Bremen, den Prof. Dr. Zimmermann als Anlaß genommen hat, um die Notwendigkeit darzutun, die Schlichtungskommissionen der Tarifgemeinschaften in erster Linie als Schlichtungsorgane heranzuziehen.

Die Tarifverträge schaffen gewerbliches Recht, und Streitfragen aus dem Tarifvertragsrecht können von keiner Stelle besser entschieden werden als von den Organen, welche die Tarifgemeinschaft selbst eingesetzt hat. Für die Angehörigen eines tariflich geregelten Berufs am gleichen Ort muß gleiches Recht gelten. Es geht nicht an, daß in den Betrieben, die zum Hilfsdienst gehören, andere Grundzüge herrschen als in den sonstigen Betrieben am Ort. Dieser Zustand würde aber eintreten, wenn die gleiche Streitfrage in dem einen Fall von der tariflichen Schlichtungskommission, in dem anderen Fall von dem Schlichtungsausschuß des Hilfsdienstgesetzes entschieden würde. Ganz zu schweigen von dem geradezu grotesken Zustand, der eintreten kann, wenn nur ein Teil der Arbeiter eines Betriebes, der für den Heeresbedarf arbeitet, dem Hilfsdienstgesetz untersteht und infolgedessen vor dem Schlichtungsausschuß nach dem Hilfsdienstgesetz sein Recht sucht, während die anderen, die in derselben Werkstätte arbeiten, aber keine Heeresarbeit machen, gehalten sind, gegebenenfalls die tariflichen Schlichtungsinstanzen anzurufen.

Mit diesen Fragen haben sich auch die Zentralvorstände des Holzgewerbes beschäftigt. Hierbei wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, eine Mitwirkung der beruflichen Vertretung des Holzgewerbes bei allen Gelegenheiten anzustreben, in denen die Interessen unseres Berufs durch Maßnahmen auf Grund des Hilfsdienstgesetzes berührt werden. Das ist beispielsweise der Fall bei der Stilllegung von Betrieben. Hierüber entscheidet der nach § 4 des Hilfsdienstgesetzes für den Bezirk jedes Stellvertretenden Generalkommandos oder für Teile des Bezirks gebildete Feststellungsausschuß. Dieser Ausschuss besteht aus einem Offizier als Vorsitzenden, zwei höheren Staatsbeamten, von denen einer der Gewerbeaufsicht angehören soll, sowie aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Daß diese Ausschüsse nicht die Verhältnisse in allen Berufen mit genügender Sicherheit übersehen können, ist einleuchtend. Es wäre deshalb zu wünschen, daß sie sich sachverständiger Rates sichern, und dafür sind die Organe der Tarifgemeinschaften die geeigneten Stellen. Nabeliegend ist es auch, daß sich die beim Kriegsamt eingerichtete Zentralstelle, die als Befehlsstelle gegen die Entscheidungen des Feststellungsausschusses gilt, in geeigneten Fällen des Rates der obersten Instanzen der Tarifgemeinschaften bedient. Die Zentralstelle besteht aus zwei Offizieren, drei Beamten und nur je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter. Ein so zusammengefügter Ausschuss wird sachverständiger Mitwirkung be-

rufener Vertreter der Interessen der einzelnen Gewerbe besonders bedürfen. Auch der Einberufungsausschuß, der nach § 7 des Hilfsdienstgesetzes in der Regel für jeden Bezirk einer Erfindungskommission gebildet ist, aus einem Offizier, einem höheren Beamten und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht und über die Heranziehung der Hilfsdienstpflichtigen zum Hilfsdienst entscheidet, dürfte mitunter in die Lage kommen, sachverständigen Rat in Berufsfragen in Anspruch nehmen zu müssen, der am besten bei den Organen der Tarifgemeinschaft eingeholt wird.

Im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse des Holzgewerbes haben die Zentralvorstände des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe und des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes eine gemeinsame Eingabe beschlossen, die am 6. Februar an das Kriegsamt abgehandelt wurde. Die Wünsche der beiderseitigen Zentralvorstände gehen dahin, das Kriegsamt möge seine Zustimmung erteilen und die nötigen Anweisungen erlassen, daß

1. vor den Entscheidungen über Stilllegung von Betrieben und Verpflanzung von Arbeitern des Holzgewerbes sowohl die Ausschüsse bei den Generalkommandos als auch die Beschwerdeinstanz bei dem Kriegsamt Vertreter der organisierten Arbeitgeber und Arbeiter des Holzgewerbes gutachtlich zu Rate ziehen;
2. zum Schutze der bestehenden Tarifverträge im Holzgewerbe die Vorschriften des § 10, Abs. 3 des Gesetzes auf die Schlichtungsorgane der Tarifverträge angewendet wird, so daß die örtlichen Schlichtungskommissionen des Holzgewerbes an die Stelle der im § 9 des Gesetzes vorgesehenen Ausschüsse treten. Die Anrufung der gesetzlichen Ausschüsse zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten soll erst dann zulässig sein, wenn durch die eigenen Tarifinstanzen des Gewerbes keine Einigung erzielt worden ist. Die Schlichtungskommissionen des Holzgewerbes haben sich zu diesem Zweck je bei dem Vorsitzenden des für ihren Ort zuständigen Ausschusses anzumelden;
3. die in § 9 des Gesetzes vorgesehenen Ausschüsse allgemein, also auch in den Orten, wo keine tarifliche Schlichtungskommission besteht, ersucht werden, bei der Erledigung von Streitigkeiten, die Angehörige des Holzgewerbes betreffen, die zwischen den zentralen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter des Holzgewerbes getroffenen Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beachten.

Vom Kriegsamt selbst wird gewünscht, daß es bei allen wichtigen Fragen, die das Holzgewerbe angehen, eine Vertretung des organisierten deutschen Holzgewerbes sowohl aus Arbeitgeber- wie aus Arbeiterkreisen zur gutachtlichen Äußerung heranziehen und auch den Stellvertretenden Generalkommandos je für ihren Bezirk die Erfüllung dieses Wunsches nahelegen möge. Die Zentralvorstände der Verbände stellen sich dem Kriegsamt zu Auskünften und Gutachten jederzeit zur Verfügung, und sie werden nach zustimmender Antwort des Kriegsammtes ihre beiderseitigen Bezirksverbände am Orte der Stellvertretenden Generalkommandos veranlassen, diesen zu dem gleichen Zweck ihre Adressen bekanntzugeben.

Die Erwartung, daß das Kriegsamt dieser Eingabe Verständnis entgegenbringt, ist um so mehr berechtigt, als eine ähnliche Forderung den Organisationen des Baugewerbes bereits gemacht wurde. Geschieht das, dann ist es aber auch notwendig, daß unsere Schlichtungskommissionen auf dem Posten sind und sich der ihnen zugewiesenen Aufgabe gewachsen zeigen. Wir verkennen die Schwierigkeiten keineswegs, die sich jetzt, wo so viele Arbeitskräfte zum Heeresdienst eingezogen sind, der ordnungsmäßigen Zusammenführung der Schlichtungskommissionen entgegenstellen. Es kann aber gesagt werden, daß diese Schwierigkeiten auf der Arbeiterseite überwunden wurden. In allen Vertragsorten sind die Arbeitervertreter in den Schlichtungskommissionen ernannt, und sie sind stets bereit, ihre Funktionen zu erfüllen. Aber fortgesetzt gehen beim Verhandlungsstand Klagen ein, daß notwendige Sitzungen der Schlichtungskommissionen nicht zustande kommen, weil entweder die Arbeitgebervertreter nicht vollständig sind oder gar nicht zu den Sitzungen erscheinen.

Das ist ein Mangel, dem der Arbeitgeber-Schutzverband in seinem eigenen Interesse energisch abhelfen sollte. Unsere Aufgabe ist es nicht, den Nutzen der Tarifverträge für die Arbeitgeber darzulegen. Die weitsichtigeren Elemente in jenem Lager haben diesen Nutzen wohl erkannt, und die Erfahrung lehrt, daß sie bemüht sind, die Tarifverträge zu erhalten und auszubauen. Die Schlichtungskommissionen sind ein wesentlicher Bestandteil der Tarifverträge, die ohne diese völlig in der Luft hängen. Daß es dem gesamten Gewerbe zum Vorteil gereicht, wenn die Organe der Tarifgemeinschaft bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes zur Mitarbeit herangezogen werden, das wird hoffentlich auch den Arbeitgebern einleuchten, die bisher für die Mitarbeit in den Schlichtungskommissionen kein richtiges Verständnis hatten. Aus diesem Grunde erwarten wir von der Eingabe an das Kriegsamt einen doppelten Nutzen. Wir hoffen, daß nicht nur die berufene Vertretung des Gewerbes zur Mitarbeit herangezogen und damit in die Lage versetzt wird, die In-

teressen des Gewerbes zu schützen, wir erwarten, daß sich aus dem unternommenen Schritt auch eine Stärkung der Leistungsfähigkeit und des Einflusses unserer Schlichtungskommissionen ergibt. Damit steht es, dank der Nachlässigkeit vieler Arbeitgeber, durchaus nicht gut aus; hoffen wir, daß es bald besser wird.

Zum Ende mit Schrecken.

Der Weltkrieg ist in eine neue Phase getreten. Das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember, das die Hoffnung auf die baldige Wiedertehr des Friedens weckte, ist von den feindlichen Mächten hohnvoll abgelehnt worden. In ihrer Antwort auf die Note des amerikanischen Präsidenten Wilson haben sie ihre auf die Zerstückelung und Vernichtung der Mittelmächte gerichteten Kriegsziele offen ausgesprochen. Die Note des Nehmächtebundes ist mit Recht als eine neue Kriegserklärung unserer Feinde bezeichnet worden. Trotz der ungeheuren Anstrengungen, die sie unternehmen, uns mit Wassengewalt zu überwinden, setzen sie doch ihre größte Hoffnung auf den Hunger. Durch die Absperrung der Lebensmittelfuhr soll Deutschland müde gemacht werden. Die englische Regierung führt den Krieg hauptsächlich gegen Deutschlands Frauen und Kinder. Indem sie ihnen die notwendige Nahrung entzieht, hofft sie, ihr Ziel erreichen zu können. Die der englischen Industrie lästige deutsche Konkurrenz soll erdrückt, die deutsche Industrie um viele Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Das englische Kriegsziel bedeutet eine ungeheure Schädigung der deutschen Arbeiterschaft. Gewaltige Arbeitslosigkeit, Herabdrückung der Löhne, dauernde Verschlechterung der Lebenshaltung, das wären die Folgen einer deutschen Niederlage im Kriege. Schon allein diese Gefahr, die uns droht, zwingt uns, dafür einzutreten, daß dieses Unglück vom deutschen Volk ferngehalten werde.

Die Wirkung des englischen Hungerkrieges spüren wir nur zu deutlich am eigenen Leibe, und die Lebensmittelnot wird verschärft durch die Raffgier der Spekulanten und Wucherer im Inland, gegen welche immer noch nicht mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird. Die Absperrung Deutschlands suchte England neuerdings noch zu verschärfen, indem es am 10. Januar erneut einen Teil der Nordsee als Kriegsgebiet erklärte, womit gesagt ist, daß alle Schiffe, auch die neutralen, die sich in diesem Gebiet sehen lassen, der Gefahr ausgesetzt sind, aufgebracht oder zerstört zu werden. Angesichts des fortgesetzten Kriegswillens der feindlichen Mächte hat sich auch die deutsche Regierung zu einem folgenschweren Schritt entschlossen. Vom 1. Februar ab ist der verschärfte U-Bootkrieg verkündet. Deutschland hat ein Gebiet um Großbritannien, Frankreich und Italien herum sowie im östlichen Mittelmeer als gesperrt erklärt und wird jedem Seeverkehr in diesem Gebiet ohne weiteres mit allen Waffen entgegenzutreten.

Um die Bedeutung des verschärften U-Bootkrieges zu würdigen, muß man sich an einige Vorgänge während des Krieges erinnern. Schon die am 7. Mai 1915 erfolgte Torpedierung der „Lusitania“, eines großen englischen Schiffes, das sich auf der Reise von Amerika nach England befand und zahlreiche Passagiere an Bord hatte, von denen viele ihr Leben verloren, führte zu einem scharfen Notenwechsel zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung. Noch schärfere Töne schlug die amerikanische Regierung anlässlich der am 24. März 1916 erfolgten Torpedierung des französischen Schiffes „Suffox“. Dies Verhältnis zwischen Amerika und Deutschland war damals auf das höchste gespannt, und die Entspannung trat erst ein, als die deutsche Regierung am 4. Mai in einer an die amerikanische Regierung gerichteten Note die Erklärung abgab, von der warnungslosen Torpedierung von Handelsschiffen absehen zu wollen. In dieser Note wurde gleichzeitig verlangt, daß Wilson nun auch von der englischen Regierung die Beachtung der völkerrechtlichen Normen verlangen soll. Für den Fall, daß diese Schritte nicht zu dem gewünschten Erfolg führen, würde sich die deutsche Regierung einer neuen Sachlage gegenüber sehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten muß. Dieses letztere Verlangen wurde damals von Amerika recht brünstig zurückgewiesen, aber als das wichtigste wurde damals angesehen, daß der drohende Konflikt mit Amerika vermieden war.

In Deutschland selbst wurde aber von gewissen rechtsstehenden Gruppen, insbesondere von den Konservativen und einem Teil der Nationalliberalen, ein heftiger Feldzug gegen den Reichskanzler geführt, wobei auch recht unfaubere Kampfmittel nicht verschmäht wurden. Der Reichskanzler sollte gestürzt werden, weil er, um Konflikte mit den noch neutralen Staaten zu vermeiden, nicht den hemmungslosen U-Bootkrieg proklamieren wollte. Die Freunde dieses Krieges behaupteten, mittels der U-Boote sei es möglich, die Zufuhr von Lebensmitteln nach England so gründlich zu unterbinden, daß England binnen kurzer Zeit gezwungen wäre, um Frieden zu bitten. Ob dieses Ziel zu erreichen ist, und ob der Nachteil eines Konfliktes mit den Neutralen nicht den durch den hemmungslosen U-Bootkrieg zu erzielenden Vorteil aufwiegt, ist eine militärische Frage und eine solche der äußeren Politik, die ohne genaue Kenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse, über die

naturgemäß nur ein kleiner Kreis verantwortlicher Personen versagt, nicht beantwortet werden kann. Man darf aber auch nicht übersehen, daß bei dem gegen den Reichskanzler gerichteten U-Bootkrieg die innere Politik eine große Rolle spielt. Bethmann Hollweg ist, ob mit Recht oder Unrecht, möge dahingestellt bleiben, in den Ruf geraten, daß er geneigt sei, dem Volkswillen nach einer Neuorientierung der inneren Politik in gewisser Hinsicht Rechnung zu tragen. Der Kampf der U-Bootfronte ist also zu einem guten Teil ein Kampf gegen jede Neuorientierung im Innern.

Nun haben diese Herren ihren Willen, allerdings nicht in der Form, wie sie es wünschten. Bethmann Hollweg ist nicht gestürzt, er selbst hat sich nun, nachdem sein Friedensangebot nicht zum Ziele führte, für den hemmungslosen U-Bootkrieg erklärt, um auf diese Weise den Krieg zu einem schnellen Ende zu bringen. Diese Form des U-Bootkrieges bedeutet, daß nunmehr jedes feindliche oder neutrale Schiff, das sich in der gesperrten Zone sehen läßt, von den Torpedos der Tauchboote aufs Ziel genommen wird, ohne daß, wie bisher, eine Warnung vorausgeht. Da die englischen Handelschiffe während des Krieges immer stärker bewaffnet wurden, begaben sich die Tauchboote bei der Warnung in Gefahr, durch die Kanonen der Handelschiffe vernichtet zu werden. Diese Gefahr wird für sie nun vermindert, dafür ist die Gefahr für die Schiffe, die sich in das Sperrgebiet begeben, um so größer, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der grausame Krieg nun in noch schrecklicheren Formen geführt wird als seither. Man kann diese Wendung bedauern, wenn man sich jedoch die Wirkung vergegenwärtigt, die der von England geführte U-Bootkrieg auf unser Volk ausübt, dann kann man nur wünschen, daß die Urheber dieses Elends mit den gleichen Waffen geschlagen werden, auf daß ihnen das Verständnis für die Friedenswünsche der Völker aufgehe.

Inzwischen hat die Verkündung des verschärften U-Bootkrieges die Wirkung gehabt, die nach dem erwähnten deutsch-amerikanischen Notenwechsel vorausgesehen war. Die Vereinigten Staaten haben die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abgebrochen. Die beiderseitigen Gesandten und Konsularvertreter sind abberufen. Das ist noch nicht der Kriegszustand, aber wir sind nahe daran; die geringste Komplikation kann sofort zum Kriege führen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat während des ganzen Krieges eine recht eigenartige Rolle gespielt. Die Neutralität der Vereinigten Staaten atmet sehr viel Wohlwollen gegen die uns feindliche Mächtegruppe, ein Wohlwollen, ohne welches der Krieg vielleicht längst beendet wäre. Auch die Friedensnote Wilsons vom 19. Dezember kann nicht darüber täuschen, daß dessen Sympathie stets auf Seiten Englands und seiner Verbündeten war. Seinem Eifer, unseren Feinden zu helfen, ist jetzt insofern ein Dämpfer angefügt worden, als die übrigen neutralen Mächte Wilsons Einladung, seinem Beispiel zu folgen, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen, kühl abgelehnt haben. Sie begnügen sich mit einem Protest gegen den unbeschränkten U-Bootkrieg, durch den sie allerdings schwer geschädigt werden, erklärten sich aber ausnahmslos für die Aufrechterhaltung ihrer Neutralität.

Der Reichskanzler hat am 31. Januar im Hauptauschuß des Reichstages mitgeteilt, Hindenburg habe ihm erklärt: „Die militärische Gesamtlage läßt es zu, alle Folgen auf uns zu nehmen, die der uneingeschränkte U-Bootkrieg nach sich ziehen könnte. Und weil dieser U-Bootkrieg unter allen Umständen ein Mittel ist, um unsere Feinde auf das Schwerste zu schädigen, muß er begonnen werden.“ Weiter erklärte der Reichskanzler: „Admiralstab und Hochseeflotte sind der festen Ueberzeugung, einer Ueberzeugung, die in den Erfahrungen des U-Bootkrieges ihre praktische Stütze findet, daß England durch die Waffe zum Frieden gezwungen werden kann.“

Die Stellen im Reich, welche die militärische und die politische Verantwortung tragen, sehen also der Entwicklung der Dinge mit Zuversicht entgegen. Soviel sieht aber auch jetzt, daß die Phase des Krieges, die durch die Verkündung des unbeschränkten U-Bootkrieges eingeleitet wurde, die schrecklichsten dieses an Schrecken so reichen Krieges sein wird. Das letzte äußerste Gewaltmittel wird angewendet, um den Krieg zum Abschluß zu bringen. Hoffen wir, daß sich die Forderungen der verantwortlichen Stellen bewährten, daß die Gespräche des U-Bootkrieges uns wirklich bald den ersehnten Frieden bringen.

Soziales.

Kohlrüben, Wurzeln, Bodenkohlrabi, Stedrüben anstatt Kartoffeln.

Dem Kriegsernährungsamt geht aus folgender Auskunft mit der Bitte um weite Verbreitung zu:

Das Wohl des Vaterlandes fordert gebieterisch, mit unseren Kartoffelvorräten bis zur kommenden Frühkartoffelernte zu reichen und deshalb die Kartoffeln solange aufzuheben, wie das vorzügliche Ersatzmittel, nämlich die Kohlrübe, für die menschliche Ernährung zu Gebote steht. In diesem Zustand kommt sie für diese Zwecke nur bis Ende März in Betracht, da sie später an Güte des Geschmacks wesentlich verliert.

Die außerordentlich schlechte Kartoffelernte des Jahres 1916 macht es erforderlich, auf Kohlrüben als Ersatz für Kartoffeln in großem Umfange zurückzugreifen, weshalb der Präsident des Kriegsernährungsamtes die Anweisung ergehen läßt, daß im Hinblick auf die Unmöglichkeit, Kartoffeln in genügenden Mengen bis zum Beginn der nächsten Ernte heranzubringen, den Städten Kohlrüben, und zwar in der doppelten Menge des ausfallenden Kartoffelquantums zugewiesen werden. Es darf sich niemand irreführen, die Kohlrüben ersetzen der Kartoffeln auf den Tisch zu bringen, und es muß unbedingt der Gefahr vorgebeugt werden, daß jetzt in vorhandenen geringen Kartoffelmengen verzehrt werden, die nach Verbrauch derselben die Bevölkerung lebtaglich auf den Genus von Kohlrüben angewiesen sein. Die vorhandenen Kartoffelvorräte müssen daher durch Kohlrüben in möglichst weitem Umfange gestreckt werden. Dies kann dadurch geschehen, daß an Kartoffeln, soweit

wie irgend möglich, gespart wird und auf den Tisch Kohlrüben gerichte kommen.

Aus Kohlrüben kann — vielfach sogar mit weniger Arbeit als bei Kartoffeln — eine große Zahl schmackhafter, bekömmlicher und nahrhafter Gerichte bereitet werden. Für jede Hausfrau muß daher heute und für die nächste Zeit die Losung gelten: „Kohlrüben statt Kartoffeln!“

Die neuen Feldpostadressen.

Am 15. Februar ist die Bestimmung über die neuen Feldpostadressen in Kraft getreten. Sendungen an Heeresangehörige, die einem Regimentsverband angehören, dürfen außer dem Namen und Dienstgrad des Adressaten nur die Bezeichnung des Regiments und die Nummer des Bataillons und der Kompanie enthalten. Jeder weitere Zusatz ist verboten. — Bei Truppenteilen, die keinem Regimentsverband angehören (dazu gehören selbständige Bataillone, höhere Stäbe, Kolonnen, Flieger, Funker usw.), ist die Formation und dazu die Bezeichnung „Deutsche Feldpost Nr. ...“ anzugeben. — Die Zugehörigkeit des Truppenteils zu einer Armee, Armeegruppe, Armeeabteilung, Armeekorps, Division oder Brigade, ebenso der Kriegsschauplatz müssen aus der Aufschrift fortbleiben. Nur bei Sendungen an Angehörige höherer Stäbe (Armeekorps, Division, Brigade) ist dieser Stab in der Adresse zu bezeichnen. In diesem Fall muß aber die Feldpostnummer in der Adresse fortbleiben.

Die Heeresangehörigen sind über diese neuen Bestimmungen instruiert und beauftragt, ihre neue Adresse in die Heimat mitzuteilen. In die Empfänger der „Holzarbeiter-Zeitung“ im Felde richten wir das dringende Ersuchen, diese Mitteilung auch an die Stelle (Verbandsvorstand oder Ortsverwaltung) gelangen zu lassen, von der ihnen das Verbandsorgan bisher zugesandt wurde.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 7. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

An die Mitglieder im Heere, die unsere Feldpost-Zeitung Nr. 2 noch nicht erhalten haben, richten wir hiermit das Ersuchen, dieselbe unter Angabe ihrer jetzigen Adresse bei ihrer Zahlstelle oder auch direkt beim Verbandsvorstand abzufordern.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 2516 Alb. Baer, Tschl., geb. 13. 6. 61 zu Rathenow.
- 5852 (Jugendl.) Kurt Walter Krebs, Pol., 1. 10. 99 zu Leisnig.
- 87654 Heint. Fels, Tschl., geb. 3. 4. 79 zu Lüneburg.
- 180961 Bruno Krumpholz, Tschl., geb. 28. 12. 69 zu Dresden.
- 328038 Leo Rutkowski, Tschl., geb. 5. 4. 87 zu Culm.
- 402131 Andr. Weismann, Holzarb., 3. 10. 71 zu Gutsberg.
- 416591 Rob. Walters, Tschl., geb. 23. 9. 77 zu Sarstedt.
- 436595 Mich. Gump, Weisfistarb., geb. 11. 4. 82 zu Mörbach.
- 497534 Wilh. Litwanz, Korbm., 4. 8. 92 zu Samotrz (Ung.).
- 544591 Georg Berger, Tschl., geb. 15. 6. 80 zu Oberhausen.
- 701983 Alb. Reinte, Stellm., geb. 17. 5. 74 zu Grünhof.
- 707773 Willy Link, Tschl., geb. 28. 8. 98 zu Rirdorf.
- 734375 Rich. Behnte, Tschl., geb. 11. 4. 99 zu Spremberg.
- 747292 Anna Schwarz, Holzarb., geb. 18. 8. 64 zu Rosenthal.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Korbmacher.

Als Leiter der Zentralkommission der Korbmacher wurde wieder der Unterzeichnete gewählt, und sind alle Anfragen und Zuschriften, wie bisher, an diesen zu richten. Gleichzeitig weisen wir wiederholt darauf hin, daß eine sehr große Zahl Orte mit der Einsendung der Jahresberichte noch immer im Rückstand sind; wir ersuchen dringend um Einsendung.

Für den in sehr großer Zahl zur Vergebung gelangten Munitionskorb 98 aus Weide haben die Berliner Kollegen mit der Vereinigung Berliner Geschloßkorbfabrikanten nachstehenden Arbeitslohn vereinbart:

Kumpj mit Zuschlag	2,60 Mk.
2 Eckenbügel	0,13 "
1 Deckelbügel	0,07 "
1 Fach mit Bügel	0,40 "
1 Deckel	0,20 "
Einbinden mit Eckbändern	0,30 "
Der ganze Korb	Ca. 3,70 Mk.

Außerdem wird auf jeden dort ab 1. Januar 1917 angefertigten Korb eine Teuerungszulage von 10 Pf. gezahlt. Der Gesamtbetrag dieses Teuerungszuschlages wird an alle an der Produktion beteiligten Personen in gleicher Höhe verteilt.

Die Zentralkommission.

J. A. Paul Bräuner, Berlin SO. 36, Wiener Str. 38.

Korrespondenzen.

Zwischen-Verbau. In einer hier abgehaltenen Holzarbeiter-Versammlung wurde die auch in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Adresse, welche die Generalkommission an den Reichskanzler und an das Kriegsamt gerichtet hat, scharf verurteilt. Verlangt wurde, daß auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung mehr von der Regierung getan werde.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Bewegung unserer Kollegen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nimmt ihren Fortgang. Der Rüdelschlägerischer Tischlerinnungsverband schlägt dabei die eigenartige Taktik ein, in seinem Verbandsorgan, dem „Tischlergewerk“, die Bewegung völlig zu ignorieren. Ganz wohl in es aber der

Zeitung der Unternehmerorganisation dabei doch nicht, denn sie hält es für notwendig, die Öffentlichkeit zu informieren. Sie hat zu diesem Zweck u. a. dem Essener „Generalanzeiger“ einen Bericht gesandt, in welchem das Publikum mit den bekannten Unwahrheiten traktiert wird. Es sind das dieselben Unwahrheiten, mit denen schon die Einladung des Reichsamtes des Innern zu Verhandlungen beantwortet wurde, die aber auch durch öftere Wiederholung nicht zur Wahrheit werden. Die Tatsachen stehen altemäßig fest, und das genannte Blatt einer berichtenden Mitteilung unsere Verbandsorgan Raum gegeben hat, ist auch weiteren Kreisen Gelegenheit geboten, zu beurteilen, auf welcher Seite das Recht ist.

Unsere Kollegen verlangen weiter nichts, als daß die vom dem Reichsamt des Innern am 10. November 1916 abgezeichnete Vereinbarung, die im ganzen Reich anerkannt wird, auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durchgeführt wird. Gegen die Berechtigung dieser Forderung kann auch der rheinisch-westfälische Tischlerinnungsverband nichts Stichthaltiges einwenden, es ist nur die Eigenbrödelerei seiner Leitung, welche die Verständigung verhindert. Die Herren wollen für sich eine Extrawurst gebraten haben. In richtiger Würdigung dieses Wunsches haben die beteiligten Holzarbeiterorganisationen in der gemeinsamen Konferenz am 21. Januar beschlossen, einen Zuschlag zum Stundenlohn von nicht unter 20 Pf. zu fordern. In den seither abgehaltenen Versammlungen der Kollegen an den einzelnen Orten hat der Beschluß der Konferenz volle Zustimmung gefunden, und sie sind jetzt dabei, ihn praktisch durchzuführen. Die Unternehmer werden sich wohl noch genötigt sehen, den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Sie dürfen nicht vergessen, daß auch außerhalb des Industriebezirks für Holzarbeiter Brot gebacken wird, und daß gegenwärtig Schreiner, die durch das Treiben des rheinisch-westfälischen Tischlerinnungsverbandes aus ihrer Arbeitsstelle vertrieben werden sollten, an anderen Orten mit offenen Armen aufgenommen werden.

Herischdorf i. Riesengeb.

Wie man seinen Arbeitern eine Teuerungszulage verschaffen kann, ohne es sich auch nur einen Pfennig kosten zu lassen, diesen Stein der Weisen gefunden zu haben, gebührt als Verdienst dem bekannten Herrn Ludwig Wallfisch, in Friedenszeit Möbelfabrikant und seit dem Kriege Heeresfahrzeugfabrikant in Warmbrunn. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Wie überall durch die Not getrieben, stellten auch hier die Kollegen vor Weihnachten die Forderung auf eine 33prozentige Teuerungszulage. Dieselbe lehnte Herr W. mit der Begründung ab, daß er es nicht könne, weil an den Arbeiten nichts mehr zu verdienen sei. Diese Begründung wurde noch bekräftigt mit dem Bemerkten, daß wir das ruhig der Feldzeugmeisterei, von wo er seine Aufträge habe, mitteilen könnten. Der Ruhm der anderen Fabrikanten aber, daß sie trotz höherer Löhne ihren Arbeitern doch noch eine Teuerungszulage von 15 bis 20 Pf. die Stunde zahlen können, ließ anscheinend Herrn W. doch keine Ruhe. Denn als ein sozialesmpfindender Unternehmer zu gelten, der seinen Arbeitern über die schwere Zeit mit Teuerungszulagen hinweghilft, zumal wenn einer auf umfangreiche Heeresaufträge, und wäre es auch nur aus reinster Vaterlandsliebe, spekuliert, ist eben doch nicht zu verachten, vor allem aber dann nicht, wenn die Sache nichts kostet. Und um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, wird den Arbeitern der Stundenlohn um 3 und 4 Pf. gekürzt und die bisherige Teuerungszulage von 1,50 bis 2,50 Mk. für die Woche um 3,50 Mk. erhöht. Da die Arbeitszeit die Kleinigkeit von 76 bis 90 Stunden wöchentlich beträgt, und die Zulage auch dann nur gegeben wird, wenn Sonntags gearbeitet wird, so ist auf diese Weise für Herrn W. ein glänzendes Geschäft daraus geworden. Unsere Kollegen, die wahrlich der Behandlungsweise des Herrn W. gegenüber eine Lammesgeduld an den Tag gelegt hatten, wird nun die Sache denn doch zu dumm. Bei einem Stundenlohn von 35 bis 50 Pf., nur 4 Mann von 70 hatten über 50 bis 55 Pf., noch einen Abzug von 3 bis 4 Pf., um sich als Wohlthäter der Menschheit preisen zu lassen, das ist auch wirklich das höchste, was ein Unternehmer seinen Arbeitern bieten kann. Einer Aussprache geht Herr W. aus dem Wege, läßt aber verkünden: „Wem's nicht paßt, kann gehen, er kriegt genug reklamierte Leute.“ Das ganze Verhalten dieses Unternehmers ist nunmehr auf Verlangen der Kollegen dem Generalkommando und auch dem Kriegsamt unterbreitet worden, die sich neben andern auch damit zu beschäftigen haben werden, ob ihm unter solchen Umständen auch in Zukunft reklamierte und beurlaubte Leute zur Verfügung gestellt werden. — Die Kollegen allerwärts aber seien hiermit gewarnt, auf die vielen Inserate des Herrn W. hereinzufallen.

In Schmöln haben die erneut mit den Knopfabrikanten an den geführten Verhandlungen zu folgendem Ergebnis geführt: Die den Akkordarbeitern und -arbeiterinnen der Hornknopfbranche seit 8. Dezember gewährte Teuerungszulage von 10 Prozent wurde ab 27. Januar auf 15 Prozent erhöht. Eine weitere Erhöhung erfolgt ab 1. April 1917 auf 20 Prozent. Die den Akkordarbeitern und -arbeiterinnen der Steinakknopfbranche bisher gewährte Teuerungszulage von 20 Prozent wird ab 1. April auf 30 Prozent erhöht. Einige nicht zum Abschluß gebrachten Differenzpunkte sollen innerhalb 14 Tagen ihre Erledigung durch eine aus beiden Parteien gebildete Kommission finden. Die bei vier Firmen eingereichte Kündigung wurde zurückgenommen.

Gewerkschaftliches.

Der französische Gewerkschaftskongreß.

Der Kongreß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Frankreich, der am 24. und 25. Dezember in Paris abgehalten wurde, war besonders deshalb bemerkenswert, weil er sich einstimmig für die Wiederherbeiführung des Friedens ausgesprochen hat. Den Wortlaut der angenommenen Friedensresolution haben wir in Nr. 2 der „Holzarbeiter-Zeitung“ abgedruckt. Auch für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften war der französische Kongreß nicht ohne Bedeutung. Hierüber erfährt man jetzt Näheres aus dem Bericht, den der Vertreter der Schweizerischen Gewerkschaften

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das dritte Quartal 1916.

Einnahme	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Zusammen		Ausgabe	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Zusammen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Beitrittsgeld	5	50	2 176	—	2 181	50	Reiseunterstützung	14	60	1 050	20	1 070	86
Beiträge	447	20	452 977	30	453 424	50	Arbeitslosenunterstützung	—	—	13 582	32	13 582	32
Extrabeiträge	—	—	9 975	75	9 975	75	Streifenunterstützung	—	—	3 111	64	3 111	64
Zins aus Kapitalien	71 842	92	—	—	71 842	92	Krankenunterstützung	157	25	76 020	91	76 178	16
Sonstiges	87	40	59	05	146	45	Gemafregeltemunterstützung	—	—	285	25	285	25
Anteil der Hauptkasse an den Lokalbeiträgen	—	—	37 065	13	37 065	13	Unterstützung in Sterbefällen	—	—	13 682	50	13 682	50
Zuschüsse aus den Lokalkassen	—	—	7 219	30	7 219	30	Umzugsunterstützung	317	—	2 362	41	2 679	41
Einnahme insgesamt	72 383	02	509 482	53	581 845	55	Notfallunterstützung	—	—	1 085	—	1 085	—
Zuschüsse aus der Hauptkasse	—	—	2 799	80	2 799	80	Rechtschutz	—	—	874	57	874	57
Von Zahlstellen eingefandt	288 558	28	—	—	288 558	28	Agitation	255	85	—	—	—	—
Rassenbestand vom vorigen Quartal	2 313	25	115 552	86	117 866	11	Agitation an die Gauvorstände	32 854	19	6 276	02	39 386	96
Summa	363 254	55	627 815	19	991 089	74	„Holzarbeiter-Zeitung“	21 983	—	—	—	21 983	—
							„Frauenblatt“ und „Jugendblatt“	1 760	70	—	—	1 760	70
							Gehälter und Entschädigungen	15 132	05	—	—	15 132	05
							Druck-, Buchbinderarbeiten, Marken u. Stempel	1 705	40	—	—	1 705	40
							Schreib- und Packmaterial	214	85	—	—	214	85
							Porto	1 680	12	—	—	1 680	12
							Bureaumiete, Reinigung und Beleuchtung	4 764	—	—	—	4 764	—
							Bureaubedarf	836	61	—	—	836	61
							Sonstige Ausgaben	1 927	06	65	61	1 992	67
							Unkosten der Zentralkommissionen	97	07	—	—	97	07
							Unkosten im Bankverkehr	1 907	60	—	—	1 907	60
							Anteil der Lokalkassen an den Verbandsbeiträgen	—	—	76 078	45	76 078	45
							Konferenzen und Delegationen	2 078	40	—	—	2 078	40
							Für Bibliotheken	1 392	74	—	—	1 392	74
							Familienunterstützung	3 618	—	12 512	65	16 130	65
							An die Lokalkassen zurückgezahlt	—	—	17 971	31	17 971	31
							Ausgabe insgesamt	92 696	49	225 865	80	318 563	29
							An die Hauptkasse eingefandt	—	—	288 558	28	288 558	28
							An Zahlstellen gefandte Zuschüsse	2 799	80	—	—	2 799	80
							An die Bank eingezahlt	251 982	01	—	—	251 982	01
							Rassenbestand für nächstes Quartal	15 776	25	113 891	11	129 167	36
							Summa	363 254	55	627 815	19	991 089	74

Abschluss

Gesamteinnahme 581 845,55 Mk.

Gesamtausgabe 318 562,29 „

Mehreinnahme 263 283,26 Mk.

Freig König, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren: P. Kaulhausen, Karl Lechner, August Manthey.

Am Schlusse des dritten Quartals zählte der Verband 779 Zahlstellen, das sind 9 weniger als im vorausgegangenen zweiten Quartal und 37 weniger als im dritten Quartal 1915. In allen Fällen war die Einberufung der Mitglieder zum Heeresdienst Ursache der Schließung der Zahlstellen.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des dritten Quartals 67 964, davon waren 60 742 männliche, 6473 weibliche und 749 jugendliche Mitglieder. 99 988 Mitglieder waren nach den Berichten der Zahlstellen bis zum Schlusse des dritten Quartals einberufen. Gegenüber dem zweiten Quartal ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 1385, die der weiblichen Mitglieder um 23 zurückgegangen, während die Zahl der jugendlichen Mitglieder um 54 gestiegen ist. Gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 9703 zurückgegangen, während die Zahl der weiblichen Mitglieder um 495 und die der jugendlichen Mitglieder um 165 gestiegen ist. Neu einberufen wurden im dritten Quartal 2736 Mitglieder.

Von den am Schlusse des dritten Quartals bestehenden 779 Zahlstellen hatten, unter Berücksichtigung der zum Heer einberufenen Mitglieder, 293 eine Zunahme und 265 eine Abnahme von Mitgliedern zu verzeichnen, während in 221 Zahlstellen der Mitgliederbestand unverändert blieb.

Die Zahlstellen mit einer Zunahme von mindestens 10 Mitgliedern sind folgende: Königsberg 18, Lnd 13, Marggrabowa 18, Rastenburg 13, Stallupönen 16, Stolp 10, Schwerin 40, Stettin 26, Breslau 88, Langenöls 16, Bernau 16, Brandenburg 35, Finsterwalde 49, Frankfurt a. O. 10, Fürstenberg a. O. 14, Hennigsdorf 12, Königswusterhausen 42, Lübbenau 11, Potsdam 32, Schneidemühl 53, Spandau 14, Cunnersdorf 14, Geringswalde 16, Großenhain 27, Mühlberg a. E. 24, Niederfeld 23, Dederan 12, Rabenau 10, Schandau 11, Waldheim 11, Eisenberg 14, Gera 22, Hainichen 13, Klingenthal 35, Leipzig 10, Schönheide 12, Zwickau-Werdau 18, Bützel 27, Gotha 13, Jena 26, Bremen 30, Alfeld 10, Hannover 78, Dortmund 23, Essen 17, Köln 25, Darmstadt 35, Frankfurt a. M. 25, Heideberg 16, Mainz 12, Mannheim 60, Saarbrücken 14, Cadolzburg 20, Fürth 15, Schen 13, München 124, Friedrichshafen 17, Heilbronn 23, Karlsruhe 20, Kirchheim u. T. 23, Stuttgart 46.

Unter gleicher Berücksichtigung der Einberufenen wurde in nachfolgenden Zahlstellen ein größerer Verlust an Mitgliedern ermittelt: Freiburg i. Schl. 19, Berlin 97,

Landsberg a. W. 10, Dresden 36, Chemnitz 32, Braunschweig 45, Burg 12, Eisleben 53, Halle 11, Flensburg 15, Hamburg 13, Düsseldorf 52, Elberfeld 19, Kronach 28, Schwaben 18.

Neu aufgenommen wurden im dritten Quartal 3923 (3182 im dritten Quartal 1915) männliche, 870 (368) weibliche und 230 (116) jugendliche, zusammen 5023 (3666) Mitglieder. Gegenüber dem zweiten Quartal sind dies 224 Aufnahmen weniger und gegenüber dem dritten Quartal 1915 1357 Aufnahmen mehr.

Die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge betrug in diesem Quartal 453 424 Mk., im vorausgegangenen zweiten Quartal 434 774 Mk. und im dritten Quartal des Vorjahres 507 285 Mk. Von den männlichen Mitgliedern wurden im dritten Quartal 717 399 Beiträge zu 60 Pf., 4903 zu 55 Pf. und 5127 zu 50 Pf., zusammen 727 429 Beiträge, von den weiblichen Mitgliedern 63 006 Beiträge und von den jugendlichen Mitgliedern 7893 Beiträge entrichtet. Hier- nach entfallen auf das einzelne männliche Mitglied 11,9 Beiträge gleich 91,5 Prozent des Vollbeitrages, auf das einzelne weibliche Mitglied 9,7 Beiträge gleich 74,6 Prozent des Vollbeitrages und auf das einzelne jugendliche Mitglied 10,5 Beiträge gleich 80,8 Prozent des Vollbeitrages.

Der Anteil der Hauptkasse an den Lokalbeiträgen betrug im dritten Quartal 37 055 Mk., an Extrabeiträgen gingen im gleichen Zeitraum 9975 Mk. ein. Von den Lokalkassen wurden im dritten Quartal 7219 Mk. als Zuschuß an die Hauptkasse abgeführt.

Die Ausgaben sind gegenüber dem zweiten Quartal wiederum etwas geringer geworden. So ist die Reiseunterstützung um 385 Mk. gleich 17,1 Prozent, die Arbeitslosenunterstützung um 13 772 Mk. gleich 50,3 Prozent, die Krankenunterstützung um 5696 Mk. gleich 6,9 Prozent, die Unter- stützung in Sterbefällen um 3072 Mk. gleich 18,3 Prozent, die Umzugsunterstützung um 780 Mk. gleich 22,5 Prozent und die Notfallunterstützung um 490 Mk. gleich 31,1 Prozent zurückgegangen. Für Familienunterstützung wurden im dritten Quartal 16 131 Mk. gezahlt. An die Lokalkassen mußten von ihren Entnahmen 17 971 Mk. zurückgezahlt werden.

Von der Reiseunterstützung entfallen 125 Mk. auf die Aufenthaltsunterstützung, welche an 96 Empfänger ausge- zahlt wurde, und zwar an 4 Empfänger je für 3 Tage, an 21 Empfänger je für 2 Tage und an 71 Empfänger je für 1 Tag. Von den Empfängern entfallen auf die in Betracht

kommenden Orte: Berlin 32, Dresden 1, Hamburg 12, Köln 3, Leipzig 6, München 4, Bremen 2, Danzig 2, Dortmund 2, Düsseldorf 5, Duisburg 1, Elberfeld 1, Essen 1, Frankfurt (Main) 3, Halle 4, Hannover 3, Königsberg 3, Mannheim 3, Nürnberg 2 und Stuttgart 6 Empfänger.

Der Abschluß des Quartals ergibt eine Mehreinnahme von 263 283 Mk., im vorausgegangenen zweiten Quartal war eine Mehreinnahme von 159 806 Mk. zu verzeichnen.

Anschließend bringen wir wieder eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen im dritten Quartal 1916.

Einnahmen:	Mk.
Rassenbestand vom zweiten Quartal 1916	1 484 899,36
Anteil der Lokalkassen an den Verbandsbeiträgen	76 078,45
Lokalbeiträge	199 150,—
Einnahmen für Vergütungen	—
Zinsen	12 590,03
Sonstige Einnahmen	29 312,36
Zuschuß aus der Hauptkasse zurück	17 971,31
Summa	1 820 001,51
Ausgaben:	Mk.
Lokalunterstützung an Reisende	150,75
„ „ Arbeitslose	519,88
„ „ Streifende	2 967,59
„ „ Kranke	1 091,96
„ „ Gemafregelte	55,20
„ „ in sonstigen Fällen	10 323,35
Agitation, Vorträge, Bibliothek usw.	9 975,60
Verwaltungskosten, persönliche	98 661,33
„ „ sachliche	30 926,19
Beiträge an Kartelle und Sekretariate	16 080,17
Ausgaben für Vergütungen	—
Anteil der Hauptkasse an den Lokalbeiträgen	37 055,13
Sonstige Ausgaben	29 547,61
Zuschuß an die Hauptkasse	7 219,30
Summa	244 576,86
Rassenbestand für das vierte Quartal 1916:	
Angelegt	1 178 138,91 Mk.
In bar	397 285,74 „
Summa	1 575 424,65
Berlin, den 31. Januar 1917. Summa 1 820 001,51	
Der Verbandsvorstand.	

auf dem Pariser Kongreß in der „Gewerkschaftlichen Rundschau für die Schweiz“ veröffentlicht.

Bemerkenswert ist der Eindruck, den der Schweizer Delegierte Ryser von der Diskussion der Kriegsziele auf dem französischen Kongreß gewonnen hat. Er schreibt: „Die Diskussion zeigte die Einmütigkeit der Ueberzeugung, daß die französische Regierung nichts getan habe, was den Krieg verschuldet, daß sie sich im Gegenteil nach Möglichkeit bestrebt habe, ihn zu verhindern. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß, wenn heute noch irgendein Fehler auf Seiten der Regierung gefunden würde, der Gewerkschaftsbund sich einstimmig gegen sie erheben würde. Man betrachtet sich als Opfer eines feigen Ueberfalls, und man wird sich verteidigen bis zum Ende.“

Ob Frankreich wirklich an dem Ausbruch des Krieges so unschuldig war, wie es der französische Gewerkschafts- kongreß annahm, brauchen wir hier nicht zu untersuchen. Die französischen Arbeiter sind dieser Ueberzeugung, und deshalb treten sie rückhaltlos für die Landesverteidigung ein. Wir machen ihnen deshalb keinen Vorwurf. Inzwi- schen sind aber neue Ereignisse eingetreten. Deutschland hat den feindlichen Mächten angeboten, sich über die Bedin- gungen eines für beide Teile ehrenvollen Friedens zu unterhalten. Dieses Angebot ist höhnisch zurückgewiesen worden, und in der Antwort auf die Note Wilsons haben unsere Feinde ausschweifende Eroberungsabsichten als ihr Kriegsziel bezeichnet. Wo die Schuld an der Fortsetzung des Krieges liegt, ist hiernach nicht schwer zu entscheiden. Den französischen Arbeitern wollen wir es nicht hart an- rechnen, daß sie diese neue Tatsache nicht zum Anlaß ge- nommen haben, ihre Stellung zu ihrer Regierung und zum

Kriege einer Revision zu unterziehen. Dagegen sollten diese Tatsachen doch gewissen Kreisen unter den Arbeitern in der Schweiz zu denken geben. Deren Neutralität äußerte sich in heftigen Vorwürfen gegen die deutschen Ar- beiter, die mit Schmähungen überhäuft wurden, weil sie im wesentlichen ebenso denken wie die französischen Arbeiter und in der Stunde der Not ihr Vaterland nicht im Stich lassen. Ob die „neutralen“ schweizerischen Ge- werkschaftsblätter nun etwas gegen den auf dem französischen Gewerkschaftskongreß zum Ausdruck gekom- menen Willen zur Weiterführung des „Krieges bis zum Ende“ zu bemerken haben, darauf kann man wirklich gespannt sein.

Der Vertreter der schweizerischen Gewerkschaften hatte den Auftrag, in Paris bestimmte Fragen zu stellen, welche die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen betreffen. In dem vorliegenden Bericht heißt es hierüber: „Sekretär Jouhaux antwortete auf die Frage viel guten Willen zeigend und besonders sehr klar. Sein Gedankengang ist folgender: Es erscheint uns wichtig, daß die gewerkschaftliche Internationale zusammen- komme zum Zwecke, die Forderungen zu prüfen, die von den Arbeitern der in Frage kommenden Länder an die Friedenskonferenz gemeinsam gestellt werden, und die einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrages bilden sollen. Wenn wir über diese Fragen einig sein werden, wird es nötig sein, daß sich jede Landeszentrale eine Ver- tretung in der Friedenskonferenz sichert. Wenn also die Schweiz die Initiative ergreifen würde zur Einberufung einer internationalen gewerkschaftlichen Konferenz, würden wir es uns zur Pflicht machen, zu erscheinen. Die Kon- ferenz müßte nach unserer Ansicht noch einen anderen Zweck

haben. Es ist dies die Reorganisation der inter- nationalen Beziehungen und folglich des Sekretariats. So wie wir es heute kennen, leidet das Internationale Sekretariat nicht die Dienste, die man von ihm erwartet. Nach unserer Meinung wird eine Reorgani- sation in dem Sinne unabweisbar sein, daß das Inter- nationale Sekretariat seinen Sitz in einem neutralen Lande haben muß, daß es nur exekutive Funktionen haben soll, und daß es seine Aufgaben von einer internationalen Kom- mission erhalten soll, die sich am Sitz des Sekretariats ver- sammelt, jedesmal, wenn die Notwendigkeit sich zeigt oder wenn es von den interessierten Organisationen verlangt wird. Dann und nur dann können wir der Gewerkschafts- bewegung ihren wirklichen Charakter einer internationalen Organisation geben. Die gefaßten Beschlüsse könnten gleich- zeitig in allen Ländern und doch auch unter Berücksichtigung ihrer besonderen Umstände und ihrer Befehlsgebung ange- wendet werden. Vom übrigen werden wir nicht reden.“

Diese Weitherzigkeit machte auf den schweizerischen Ge- werten Ryser einen sehr guten Eindruck. Er hat dann mit den anderen in Paris anwesenden ausländischen Delegier- ten gesprochen. Der spani- sche Delegierte war im voraus für seinen Plan zu haben. „Was die englischen Rol- legen betrifft“, so berichtet er weiter, „glauben sie, ob- schon sie die Ansicht von Jouhaux teilen, daß der Moment noch nicht gekommen sei zur Abhaltung einer inter- nationalen Gewerkschaftskonferenz. Wenn aber eine solche von der Schweiz aus einberufen würde, würden sie nicht verfehlen, ihre Organisationen zu befragen, die sicher- lich eine Vertretung beschließen würden. Auch die Engländer dringen auf eine Reorganisation des Internationalen Ge-

Arbeitslosigkeit im Monat Januar 1917.

retariats in dem von Johaug bezeichneten Sinne. Anders die Belgier. Wenn man mit ihnen über internationale Fragen spricht, bedeckt sich ihr Gesicht wie mit einem Schleier, hinter dem man die Zweifel erraten kann, die sie hegen, und sie antworten nur mit einer gewissen Zurückhaltung.

Der Berichterstatter teilt schließlich mit, daß er hinsichtlich der nicht anwesenden Italiener die Versicherung erhalten habe, daß sie an einer Konferenz teilnehmen würden, "Alle sind der Meinung", so sagt er zusammenfassend, "daß wenn das Internationale Sekretariat reorganisiert und in ein neutrales Land verlegt würde, von dem Augenblick an die Beziehungen auch wieder aufgenommen würden und das in Leeds gegründete Bureau wieder aufgehoben würde. Alle haben auch das Gefühl, daß von dem Moment an die gewerkschaftliche Internationale einen neuen Aufschwung nehmen würde, zum großen Vorteil der Arbeiterklasse der ganzen Welt."

Der Schweizerische Berichterstatter rühmt die Klarheit der Äußerungen von Johaug, dessen Ansichten von den Engländern geteilt wurden. Wir können uns diesem Urteil nicht unbedingt anschließen. Das, worauf es ankommt, steht nur zwischen den Zeilen, hier allerdings mit hinreichender Deutlichkeit. Franzosen und Engländer wollen vor allen Dingen die deutsche Führung der internationalen Gewerkschaftsbewegung beseitigen. Statt das deutlich auszusprechen, wird von der Notwendigkeit der Reorganisation des Internationalen Sekretariats geredet, wozu bis zum Kriegsausbruch das Bedürfnis nicht empfunden wurde.

Wir halten die Pflege internationaler Beziehungen zwischen den Gewerkschaften für so wichtig, daß unseres Erachtens der Fortbestand des Internationalen Sekretariats von der Bestimmung seines Sitzes nicht abhängig gemacht werden sollte. Andererseits kann man sich aber auch des Eindrucks nicht erwehren, daß hinter den wiederergegebenen Versicherungen der französischen und englischen Gewerkschaftsführer noch weitere Absichten verborgen sind. Immerhin hat es den Anschein, als sollte es den Bemühungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes doch noch gelingen, in absehbarer Zeit eine internationale Gewerkschaftskonferenz zustande zu bringen. Das wäre für alle Fälle zu begrüßen, schon deshalb, weil es die notwendige Klarheit schaffen würde.

Table with columns: Gau, Zahlstellen haben berichtet, Mitgliederzahl am Ende des Monats, Arbeitslose Mitglieder am Orte (vom vorigen Monat, Zugang in diesem Monat, Gesamtzahl, am letzten Tage d. Monats), Unterstüßung haben erhalten (Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise).

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingelangt: Ziegenhals - Herzberg, Zehlendorf - Deutsch-Neudorf, Großhartmannsdorf, Ölbernbau - Aue, Borna, Zöschstadt, Schleußig - Lauterberg, Neuenbau, Ruhla, Biernau - Bitterfeld, Goslar, Zerbst - Bremerhaven, Delmenhorst, Glöttstadt, Hadersleben, Neumünster - Detmold, Hersdorf, Hess.-Oldendorf, Holzminde - Lachen, Gelsenkirchen, Hamborn - Hanau, Koblenz, Marburg, Meß, Michelsstadt, Rumpenheim, Speyer, Trier, Wilbel, Wörth - Cadolzburg, Dintelsbühl, Regensburg - Aibling, Holzkirchen, Ingolstadt, Mühlendorf - Vietzheim, Nürtingen, Spaichingen, Troßingen, Willingen.

Table showing monthly statistics for 1917, including columns for month, number of jobs, members, and unemployed workers.

Gestorbene Mitglieder. Franz Dreyzyski, Tischler, 41 J., gest. in Stettin. Franz Rautenberg, Tischler, 52 J., gest. in Stettin. Dorothea Herlein, Bleistiftarb., 53 Jahre, gest. in Nürnberg. Joh. Brand, Beizer, gest. in Fürth i. B. Riff. Oberkirchner, Grundrieger, gest. in Fürth i. B. Anton Fänder, Drechsler, gest. in Fürth i. B. Anna Höfner, Poliererin, gest. in Fürth i. B. Emil Petrus, Knopfmacher, 68 Jahre, gest. in Schmöln. Louis Prohl, Knopfmacher, 63 Jahre, gest. in Schmöln. Zibia Reischel, Knopfmacher, 49 J., gest. in Schmöln. Rud. Behrendt, Tischler, 59 Jahre, gest. in Königsberg i. Pr. Johs. Ranninga, Zimmermann, gest. in Norden. Alois Prans, Drechsler, gest. in Kagasen. A. Leber, gest. in Gerichsdorf. Alf. Holzwar, gest. in Aibling. Curt Henzel, Korbmacher, gest. in Guben. J. Wilh. Müller, Schreiner, 69 J., gest. in Mainz. Julius Dobric, Parteilager, 78 J., gest. in Berlin. Hermann Kahler, Tischler, 69 J., gest. in Berlin. Karl Höfner, Korbmacher, 76 Jahre, gest. in Berlin. Otto Merkel, Tischler, 62 Jahre, gest. in Berlin. Ehre ihrem Andenken.

Neu und vorzüglich eingerichtetes Rehl-, Politurelfeiten- und Rahmenfabrikgeschäft in industriereichem groß. Ort Niederbayerns, Stat. mit gut. Verbindung zur Hauptbahnlinie Passau-Nürnberg, wegen Ueberlastung sofort preiswert verkäuflich. Reichl. Vorräte an Holz, Lacken, Farben, Glas, Leim usw. werden mit übergeben. Näh. Aufschl. erteilt Allgemeine Immobilienverf.-Ges. R. Heinemann & Cie. München, Karlsplatz 8.

Stuhlbauer auf gute Stühle, Sessel und Garnituren sowie Polierer auf gute Arbeit für dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst gesucht. Rürth & Vieber, Geringswalde i. Sa.

4 Korbmacher auf Grün, Gematt, Kohlen- und Fischkörbe stellt sofort ein (25% Tarifzuschlag) Gottfried Walle, Bergen (Insel Rügen). 4-5 Korbflechter auf mittl. Nennkörbe für Anfang März gesucht. Fr. Laver Hillebrand, München, Weinstraße 13. Korbmacher und Frauen auf Geschloßkörbe sucht D. Ködel, Berlin S., Zietenstr. 14.

Tüchtige Korbmacher für 8er ganz aus Weide sucht Theodor Reimann, Dresden-N., Königsstr. 3.

Korbmacher auf Weidenmöbel bei gutem Material, hohem Lohn, sowie Korbmacher auf grüne und weiße Arbeit. Verheiratete erhalten Gartenland frei. Reinhold Hoffmann, Korbmachermeister, Unruhstadt (Posen).

Korbmacher auf runde 66er Geschloßkörbe gesucht Gebr. Wolff, Bernburg

50 Korbmacher auf 10-cm-Patronenkörbe (Lohn tarif I) werden sofort eingestellt. Ad. Sähmlich jun., Korbwarenfabrik, Langerhütte.

Korbmacher auf runde Geschloßkörbe sowie auf Mantionskörbe 98er stellt sofort ein E. Schiefinger & Co., Berlin, Krautstr. 4/5. Korbmacher auf Geschloßkörbe 98er und 15er stellt ein Bergmann, Berlin, Palisadenstr. 30.

Sofort gesucht mehrere Gesellen zum Pechen eines Pflaster-Erbsenmaterials. 1000 Bündel 4,50 Mk. Blüstenfabrik M. Th. Ehrich, Kiel, Egerzierplatz 18.

Werkzeug-Neuheiten. Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs schreiben E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Table showing weekly unemployment statistics by location and profession (Bantischler, Möbelschneider, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt).

Tischler als Zuschneider, für Holzschneidungen, später für vorw. kleine Herren- und Spiegeleisner, in dauernde Beschäftigung gesucht. Niederländische Möbelfabrik Ränder a. Deister.